

Bayern und Wien im Rennen: Gigafabriken für KI und Recht auf Reparatur!

Am 26. Juni 2025 treten in den USA neue Reparaturgesetze in Kraft, während Bayern und Wien auf EU-Förderungen für KI-Gigafabriken hoffen.



Wien, Österreich - Heftige Debatten und wichtige Entscheidungen prägen derzeit die europäische und lokale Politik. Besonders im Fokus stehen Themen wie das Recht auf Reparatur und die geplanten KI-Gigafabriken in Bayern und Wien.

In den USA hat Texas kürzlich als erster republikanisch geführter Bundesstaat ein Gesetz verabschiedet, das das Recht auf Reparatur digitaler Geräte stärkt. Ab dem 1. September 2026 müssen Hersteller in Texas sicherstellen, dass ihre Produkte reparierbar sind, was auch für Geräte ab einem Preis von 50 US-

Dollar gilt. Sechs andere Staaten, darunter Kalifornien und New York, haben bereits ähnliche Regelungen etabliert. Dies könnte ein Trend sein, der auch in Europa nachhallt. So haben Bayern und Wien sich um EU-Subventionen in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro für den Bau von KI-Gigafabriken beworben, wobei die Privatwirtschaft einen erheblichen Teil der Finanzierung übernehmen wird.

Das Recht auf Reparatur in Europa

Am Dienstag hat das EU-Parlament mit einer überwältigenden Mehrheit von 584 zu 3 Stimmen das Recht auf Reparatur beschlossen. Dieses Gesetz verpflichtet Hersteller nicht nur dazu, Reparaturen kostengünstig und zeitnah durchzuführen, sondern auch, Verbraucher aktiv über ihr Recht auf Reparatur zu informieren. Geräte wie Waschmaschinen, Staubsauger und Smartphones müssen auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist repariert werden können. Die Gesetzesänderung zielt darauf ab, jährlich 261 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent durch vorzeitige Entsorgung zu vermeiden und damit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Verbraucher sollen von der neuen Regelung profitieren, die auch die Förderung von Reparaturen durch Gutscheine und Informationskampagnen umfasst.

Die Hersteller sind explizit angehalten, Ersatzteile und Reparaturwerkzeuge zu angemessenen Preisen bereitzustellen. Besonders wichtig ist die Information der Verbraucher: Die Kosten und die voraussichtliche Dauer der Reparatur müssen auf den Webseiten der Hersteller einsehbar sein. In diesem Kontext wird auch eine europäische Online-Plattform eingerichtet, die einen Überblick über lokale Reparaturdienstleister bieten soll. Diese Maßnahmen könnten nicht nur den Umweltschutz fördern, sondern auch die Wirtschaft ankurbeln, wobei die neue Richtlinie Schätzungen zufolge bis zu 4,8 Milliarden Euro an Wachstum in der EU auslösen dürfte.

Ausblick und Herausforderungen

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass die EU-Kommission im kommenden Juli weitere Details zur Altersüberprüfung im Internet verlautbaren möchte. Währenddessen gibt es einen Lobbystreit zwischen großen Unternehmen, wie Apple und Google, auf der einen Seite und Meta sowie Porno-Anbietern auf der anderen, über die Umsetzung dieser Altersprüfungen.

Apple hat zudem angekündigt, die Unterstützung für Rosetta 2 bis Herbst 2027 einzustellen, was erhebliche Folgen für Nutzer älterer Intel-basierter Macs haben könnte.

Insgesamt stehen die Beschlüsse und Initiativen im Bereich des Rechtes auf Reparatur und der Förderung von Künstlicher Intelligenz in Österreich und Bayern unter einem guten Stern. Wie sich diese Entwicklungen tatsächlich auf die Verbraucher und die Umwelt auswirken werden, bleibt abzuwarten.

Werfen wir zum Abschluss noch einen kurzen Blick auf die gesellschaftlichen Effekte: Viele Verbraucher haben durch Neuanschaffungen statt Reparaturen jährlich rund 12 Milliarden Euro verloren. Doch mit den neuen Vorschriften des EU-Parlaments, die möglicherweise ab Juli 2026 voll und ganz in Kraft treten, dürfte sich dies endlich ändern.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.heise.de • www.europarl.europa.eu • www.test.de

Besuchen Sie uns auf: mein-wien.net